



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/53 - 5.3.54 **BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170**  
Hinweise **Fernsprecher 21831-33**  
auf den Inhalt: **Fernschreiber 039890**

Ohne Sinn für Realitäten	S. 1
Deutsche Staatsbürgerschaft für Franzosen	S. 3
Rudolf Wissell 85 Jahre	S. 5
Schweizer Stimm zur deutschen Situation	S. 6
<hr/> Kommuniqué zur Vorstandssitzung der SPD (Anhang)	

## Besatzungsmacht Frankreich

-s. Auch eine Partei, die den EWG-Vertrag, den Generalvertrag und seine Zusatzabkommen ablehnt, weil diese Verträge nicht das Minimum an Gleichberechtigung, Handlungsfreiheit und Sicherheit bringen, das im Interesse der Menschen in der Bundesrepublik und unserer 18 Millionen Landsleute in der Zone unverzichtbar ist, kann nur mit Bitterkeit registrieren, wenn die Richtigkeit ihrer Auffassung immer wieder bestätigt wird. Bitter dabei sind nicht nur die aus dem Ausland kommenden Bestätigungen, sondern ebenso die Tatsache, daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien die Realitäten nicht erkennen wollen.

Was hat sich zum Beispiel in den letzten Tagen in der Frage der von der SPD abgelehnten Wehrergänzung abgespielt? Der französische Hochkommissar wurde mehrfach beim Bundeskanzler vorstellig. Der Außenpolitische Ausschuß der Französischen Nationalversammlung ersuchte am Aschermittwoch einstimmig (!) die Pariser Regierung, sich der Inkraftsetzung dieser Verfassungsänderung zu widersetzen. Wörtlich: "Er ist der Auffassung, daß die Rechte Frankreichs aus dem Besatzungsstatut gewahrt und ausgeübt werden müssen". Der Außenpolitische Ausschuß der Pariser Kammer wird gewiß nicht von der Sorge um die deutsche Verfassung geleitet, sondern von der grundsätzlichen Auffassung der französischen Politik, die in dem Generalvertrag, seinen Zusatzabkommen und auch

im EVG-Vertrag ein Mittel zur Versteinerung des Besatzungsrechts unter der Flagge der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sieht, die in Wahrheit durch ihre Koppelung an den Generalvertrag und ihre Unterstellung unter NATO weder Gleichberechtigung noch Partnerschaft bedeutet. Das zu erkennen war Aufgabe und Pflicht der Bundesregierung und der Koalitionsparteien vor der Unterzeichnung und vor der Annahme der Verträge im Bundestag. Zum richtigen Zeitpunkt galt es auf den deutschen Lebensinteressen mit der Energie und dem Realismus zu bestehen, die einen späteren Katzenjammer ausschließen.

Was geschieht daraufhin in Bonn? In Regierungskreisen warnte man vor einer Überschätzung des Pariser Beschlusses. Mit anderen Worten: Man ist auch weiterhin nicht bereit, als wahr zu erkennen, was wahr ist. Und in der Koalition? Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei, Dr. von Merkatz, einer der treuesten Gefolgsleute des Bundeskanzlers in der EVG-Politik, faßte gleich in die Mottenkiste des Vokabulars des Tausendjährigen Reiches, um seiner Empörung über Paris Ausdruck zu geben: "Die Geduld des deutschen Volkes ist nicht unerschöpflich", so erklärte er und warnte davor, diese Geduld nicht "jeder Demütigung und Enttäuschung auszusetzen". Was sollen solche Erklärungen? Mehr Sinn für die Wirklichkeit, mehr Besonnenheit zur richtigen Stunde und weniger nationalistische Entrüstung zum falschen Zeitpunkt sollten sich Herren vom Temperament des Dr. von Merkatz angelegen sein lassen. In der 16. Bundestagssitzung sah sich die CDU/CSU zu großer Heiterkeit veranlaßt, als der SPD-Vorsitzende Ollenhauer eine ernste Beunruhigung in der westlichen Welt als eine der Folgen der durchgepeitschten Wehrgängung voraussagte. Nun, der Beschluß des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung war einstimmig. Wo immer die Motive liegen mögen, sicher ist, daß es die Kräfte sind, die Partner der Bundesrepublik bei den deutsch-alliierten Verträgen werden sollen.

Und eben im Interesse dieser Partnerschaft und damit im Lebensinteresse des ganzen deutschen Volkes wäre es besser, auch die Verträge allmählich realistisch zu sehen. Illusionen sind nicht weniger schädlich für die deutsche Politik als nationalistische Empörung, wenn man solcher Illusionen überführt wird oder einfallslose Heiterkeit bei Bundestagsdebatten, bei denen es um so ernste Fragen geht, wie die nach dem richtigen Weg für Europa und Deutschland. Die Zukunft wird bestätigen, daß die sozialdemokratische Forderung auf mehr Partnerschaft, mehr Gleichberechtigung, mehr Sicherheit und auf einen größeren Rahmen des Systems kollektiver Sicherheit - daß diese Forderung, auch wenn es längere Zeit dauern würde, sie zu verwirklichen, europäischer ist, als jene Verträge, um die jetzt in so trauriger Form der Streit zwischen der Besatzungsmacht Frankreich und der Bundesregierung geht.

Der KorbVon Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Der Bundeskanzler hat in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury Smith den Gedanken einer gemeinsamen deutsch-französischen Staatsbürgerschaft vertreten, wie das für Großbritannien und Frankreich 1940 schon Churchill tat - ohne Ergebnis

Dem Vorschlag Adenauer liegt eine Verkenning der Situation in Frankreich zugrunde. Wenn die Franzosen so große Bedenken haben, der EVG und der Politischen Gemeinschaft zuzustimmen, so nicht deswegen, weil in diesen Gemeinschaften zu wenig, sondern weil in ihnen zuviel Verschmelzung mit den Deutschen enthalten ist. Und diejenigen Franzosen, welche für die EVG und die Politische Gemeinschaft sind, wollen sie, um das deutsche Wehrpotential zu binden und zu kontrollieren, wie M. Bidault erst in Berlin wieder erklärt hat.

Unwillkommene Liebeserklärungen werden mit einem Korb quittiert. Das hätte sich der Kanzler ersparen können. Seit Jahren versucht sein Auswärtiges Amt vergeblich, eines der am leichtesten zu beseitigenden Grenzhindernisse zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, den Visumszwang. Aber nicht einmal für deutsche Jugendliche hat man in Paris einer solchen Liberalisierung zugestimmt, allen europäischen Gemeinschaftsbeteuerungen zum Trotz! Diese Haltung der französischen Regierung besagt deutlich, wie sehr man sich die deutschen Gemeinschaftspartner vom Hals zu halten wünscht. Adenauer schlägt mit der gemeinsamen Staatsbürgerschaft einen vierten oder fünften Schritt vor, während Frankreich nicht bereit ist, den ersten mitzumachen.

Der Kampf um die Beseitigung der Visumschikane lehrt im übrigen, was sich von dem Vorschlag des Kanzlers retten ließe. Als weder Frankreich noch andere Nationen bereit waren, im Gegenseitigkeitsabkommen den Visumzwang aufzuheben, hat ihn die Bundesregierung auf sozialdemokratischen Antrag zunächst einseitig aufgehoben. Und nach weniger als einem Jahr haben sieben europäische Länder nachgezogen; die verbleibenden sind in schwieriger Position, die vollends unhaltbar würde, wenn die Mehrheitsparteien dem neuen sozialdemokratischen Antrag auf Beseitigung des Paßzwanges im Auslandsverkehr zustimmten.

Obschon das Feld der Staatsangehörigkeitsfragen sehr viel schwieriger ist, kann man auch da ähnlich vorgehen. Selbst der Bundeskanzler kann die Liebe und das Vertrauen der Franzosen nicht erzwingen. Was kann uns aber hindern, Franzosen, die nach Deutschland kommen, und hier kurze oder unbegrenzte Zeit leben wollen, wie Deutsche zu behandeln, ihnen alle Rechte deutscher Staatsbürger zu geben und ihnen auch auf einfachen Antrag, wenn sie dies wollen und dürfen, die deutsche Staatsangehörigkeit offiziell zu verleihen? Wir könnten sie kurzum so stellen, wie wir bisher die Deutschen aus dem Südosten gestellt haben. Das können wir ohne Gegenseitigkeit tun, also ohne Pariser Erlaubnis. Wir können es auch ohne Gefahr tun, denn niemand soll sich vorstellen, daß dann massenweise Franzosen nach Deutschland kämen.

Diejenigen, welche durch eine solche Maßnahme angezogen würden, wären keine Belastung, sondern ein Gewinn, wobei die Maßnahme nicht, jedenfalls nicht für lange Zeit, auf die Franzosen beschränkt zu bleiben brauchte. Fremdenfreundlichkeit hat noch immer aktive und unternehmungslustige Menschen angezogen. Nach einigen Jahren könnte dann der Vorschlag des Bundeskanzlers, der jetzt nur für den Korb gut war, zeitgemäß werden. Den Franzosen wäre wahrscheinlich bis dahin bewiesen worden, daß der ängstlich sich Abschließende am meisten sich selbst schadet.

+ + +  
Mac Carthy im Kreuzfeuer

gw. Das Mitglied des amerikanischen Senates, Mr. Fulbright, hat seine Kollegen aufgefordert, einen gewissen Abschnitt aus dem Werke Lenins zu lesen, mit der Begründung, er enthalte eine gute Erklärung der Tätigkeit Mac Carthys:

"Wenn die amerikanische Bourgeoisie völlig den Kopf verliert, tausende von Menschen arretiert, unter dem Vorwand, sie seien Bolschewisten, wenn eine Panikstimmung geschaffen wird durch die Verbreitung alarmierender Nachrichten von bolschewistischen Komplotten... dann müssen wir uns vor ihnen verneigen und ihnen danken, den Herren Kapitalisten. Denn sie arbeiten für uns".

M. Stephen Mitchell, Präsident des Nationalkomitees der Demokratischen Partei, hat die Einladung zu einem Bankett abgelehnt, weil Mac Carthy daran teilnehmen wird. In einem Brief an den Irländischen Club von Chicago erklärt Mitchell: "Ich breche nicht mit einem Mann das Brot, der falsches Zeugnis abgelegt hat gegen mehr als 30 Millionen Amerikaner. Ein Mensch, der solche falschen Anschuldigungen erhebt, verdient, von allen Mitbürgern mißachtet zu werden".

Frau Roosevelt hat auf einer Pressekonferenz erklärt, Mac Carthy bilde gegenwärtig die größte Gefahr für die USA. Er verbreite Furcht im Lande, ohne auch nur ein einziges konstruktives Element vorzuweisen.

+ + +

Ein Leben für soziale Gerechtigkeit

Rudolf Wissell, der am 8. März seinen 85. Geburtstag begeht, ist eine sozialistische Persönlichkeit von typenbildendem, geschichtlichem Rang. Wir verehren in ihm eine der charakteristischsten Gestalten der deutschen Arbeiterbewegung, die von Wilhelm Liebknecht und Bebel, von Legien, Ebert und Kurt Schumacher geprägt wurde. Er ist zweifellos ein Kind seiner Zeit, ein Kind des Jahrhunderts der großen, durch die stürmische Entfaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft hervorgerufenen sozialen Unruhe und des sozialistischen Kampfes um eine Neuordnung der Gesellschaft, dessen Bewegungselemente aber bis in die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sichtbar werden. Sein Leben und Wirken umspannt eine Welt der Enttäuschungen und Hoffnungen, der Opfer und des Weges zu greifbaren Resultaten, von der die Jüngeren kaum eine Vorstellung haben.

In Göttingen geboren, trat der wandernde Geselle in den achtziger Jahren dem Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer in Kiel bei. Sehr bald erschloß sich ihm auch die Gedankenwelt des Sozialismus, er las in in Zürich erschienenen und auf abenteuerlichen Schmugglerwegen nach Deutschland gebrachten "Sozialdemokrat" und fand den Weg zu der geheimen Organisation der Sozialdemokratie.

Als am 1. Oktober 1890 das Bismarcksche Sozialistengesetz fiel, führte Wissell den Fachverein der Schlosser dem eben gegründeten deutschen Metallarbeiter-Verein zu. Als Arbeitersekretär hat er mit dem ihm eigenen Verantwortungsbewußtsein aktiv am Kampf um eine neue sozialpolitische Ordnung, um die rechtliche Fundierung des Arbeiterschutzes und um die sinnvolle Ausgestaltung der Sozialversicherung teilgenommen. Diese Tätigkeit wurde ihm zur hohen Schule einer fortschrittlichen Sozialpolitik, die er als Gewerkschaftsführer, als Abgeordneter des Reichstages, als Volksbeauftragter der ersten staatlichen Exekutive nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Kaiserreiches, als Reichswirtschaftsminister (1919) und als Reichsarbeitsminister im zweiten Kabinett Hermann Müller (1928-1930) zu verwirklichen suchte.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt, war er der erste, der den sozialpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Parteitag in Würzburg im Jahre 1917 programmatischen Ausdruck gegeben hat. Als Reichsarbeitsminister war es sein besonderes Verdienst, daß Teile dieser sozial-

demokratischen Forderungen in der Reichsverfassung von Weimar verankert wurden. Sein Kampf um die Arbeitslosenversicherung bleibt unvergessen.

Wachen Geistes nimmt Rudolf Wissell nach wie vor regen Anteil an den vordringlichen Problemen unserer Zeit. Wie ein Patriarch, in dem sich die besten Tugenden des Volkes verkörpern, ragt seine hohe Gestalt über die Trümmer einer durch Krieg, Unvernunft und Barbarei zerstörten Welt. Sein Leben und Wirken ist und bleibt Beispiel und Vorbild für die Kommenden.

(Aus einem Aufsatz von Walther G. Oschilewski im "Neuen Vorwärts")

+ + +

### "Der berühmte Rechte Flügel"

... "Es ist nicht zu leugnen, daß Adenauers eigene Neigung zu autoritärer Regierungsweise, seine Verbundenheit mit der Großwirtschaft und sein Bemühen, sich um jeden Preis den festen Unterbau einer nicht zu erschütternden Machtposition zu schaffen, ihn dazu führte, Geister zu rufen, von denen der alte Zauberer, der wahrhaftig kein Lehrling mehr ist, sich dann nicht mehr zu lösen vermochte. Der Kanzler, nicht im mindesten von nazistisch-restaurativen, sondern im Gegenteil von ausgesprochen katholischen Ideen in seinen Wiederaufbauplänen für den mitteleuropäischen Raum geleitet, glaubte im Selbstbewußtsein seiner Kraft und seines diplomatischen Geschicks, auch den wildesten Hengst an der Deichsel seines Wagens vom Kutschbock aus meistern zu können. Diese undemokratische Schwäche des eigenwilligen Staatsmannes der Deutschen nutzten die Männer von gestern.

Sie waren klug genug zu wissen und sofort zu sehen, daß die Lärmtrommeln der zwanziger Jahre, mit denen Hitler sich die Wählermassen eingefangen, bei einer von Krieg und Untergang scharfhörig gewordenen Generation nur auf Abwehr stießen... An die Stelle des lauten Rechtsradikalismus trat die kluge Methode der stillen Durchdringung. Es ist die Strategie der Sammlung von großen und kleinen Schlüsselpositionen in der Regierung des Bundes und der Länder, in den Verwaltungen der Kommunen und der Landkreise, in allen Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen. Eine planmäßige Infiltrierung des ebenso leicht zu beeinflussenden wie zu regierenden Bürgertums wurde verbunden mit der eisernen Taktik geduldigen Abwartens ...

Ein starker katholischer Nationalstaat als Stütze des Vatikans in Mitteleuropa ist nicht so leicht aus dem deutschen Raum hervorzuzaubern. Der berühmte Rechte Flügel hat sich tatsächlich stark gemacht. Aber er steht getarnt in den Uniformen einer bürgerlichen Koalition der Mitte und die lauten Trompeten des Radikalismus stecken verborgen im Futteral ...

(Aus "Die Tat" - Zürich vom 2.3.54)

Nachtrag:

5. März 1954

K o m m u n i q u é

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands billigte am 4. März die Haltung der Bundestagsfraktion in der Debatte über die Ergänzung des Grundgesetzes in Wehrfragen und die von den sozialdemokratischen Sprechern vorgebrachte Argumentation über die Situation, wie sie sich nach der Annahme dieser Gesetze darstellt, hatte vorher Dr. Adolf Arndt berichtet.

Zum Verlauf und zu den Ergebnissen der europäischen Konferenz der Sozialistischen Internationale in Brüssel gab Willi Eichler eine ausführliche Darstellung. Die Konferenz war sich in der Beurteilung vieler wesentlicher Fragen der europäischen Entwicklung einig. Die Auffassungsunterschiede in der Bewertung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft rühren vor allem daher, daß diese Frage in fast allen Ländern und ihren Parteien von verschiedenen Standpunkten aus beurteilt wird.

Am 22. und 23. März soll in Brüssel eine neue Zusammenkunft von Vertretern sozialistischer Parteien Europas stattfinden, auf der die Möglichkeiten zu einer engeren Zusammenarbeit in den europäischen Gemeinschaftsorganisationen untersucht werden sollen. Herbert Wehner und Fritz Heine ergänzten diesen Bericht in Einzelfragen.

Weiter beschäftigte man sich mit den Aufgaben in der Arbeitsgemeinschaft für europäische Zusammenarbeit beim Parteivorstand und mit einer Reihe parteiinterner Organisationsfragen.

Die nächste gemeinsame Tagung von Parteivorstand und Parteiausschuß ist für die Zeit vom 1.-3. April vorgesehen. Am 14. und 15. Mai soll in Karlsruhe eine kommunalpolitische Bundeskonferenz stattfinden.

+ + +